



#ländersache

ZUR WAHL IN HESSEN

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: August 2023
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE

ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich Debatten, Auseinandersetzungen und Herausforderungen auf Landesebene und zu Wahlkämpfen erheblich. Auch werden Landtagswahlen häufig unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen, der Einfluss bundespolitischer Trends und Debatten variiert daher stark.

Landtagswahlen im Bundesland Hessen haben in der Bundesrepublik oft eine besondere Bedeutung. Die Landespolitik ist von wechselnden und zuweilen unklaren Mehrheiten geprägt, der Begriff der berüchtigten «hessischen Verhältnisse» soll dies widerspiegeln. Er hat seinen Ursprung in der Situation nach den Landtagswahlen 1982. Auch im Zusammenhang mit dem misslungenen Versuch, nach der Landtagswahl 2008 eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der LINKEN zu bilden, wurde der Begriff wieder bemüht. Auch ist das Land des Öfteren eine Art Labor für ungewöhnliche Regierungsbündnisse gewesen. Die erste rot-grüne Landesregierung gehört hierzu ebenso wie 2014 die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland.

Diese schwarz-grüne Koalition ist nach knapp zehn Jahren immer noch im Amt, wenn auch seit 2022 unter dem neuen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU). Zwischenzeitlich sind Bündnis 90/Die Grünen in eine SPD-geführte Bundesregierung eingetreten und ist in ganz Deutschland, so auch in Hessen, die AfD zu einem bedeutenden Faktor in der politischen Landschaft geworden. Und so stellt sich nicht nur die Frage, ob die schwarz-grüne Mehrheit verteidigt werden kann, sondern auch, ob eine Fortsetzung des Bündnisses in diesem Fall im Interesse beider Partner ist.

Andreas Thomsen,
Stellvertretender Leiter des Bereichs Bundesweite Arbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIRK FARKE

LANDTAGSWAHL IN HESSEN

ZUSAMMENFASSUNG

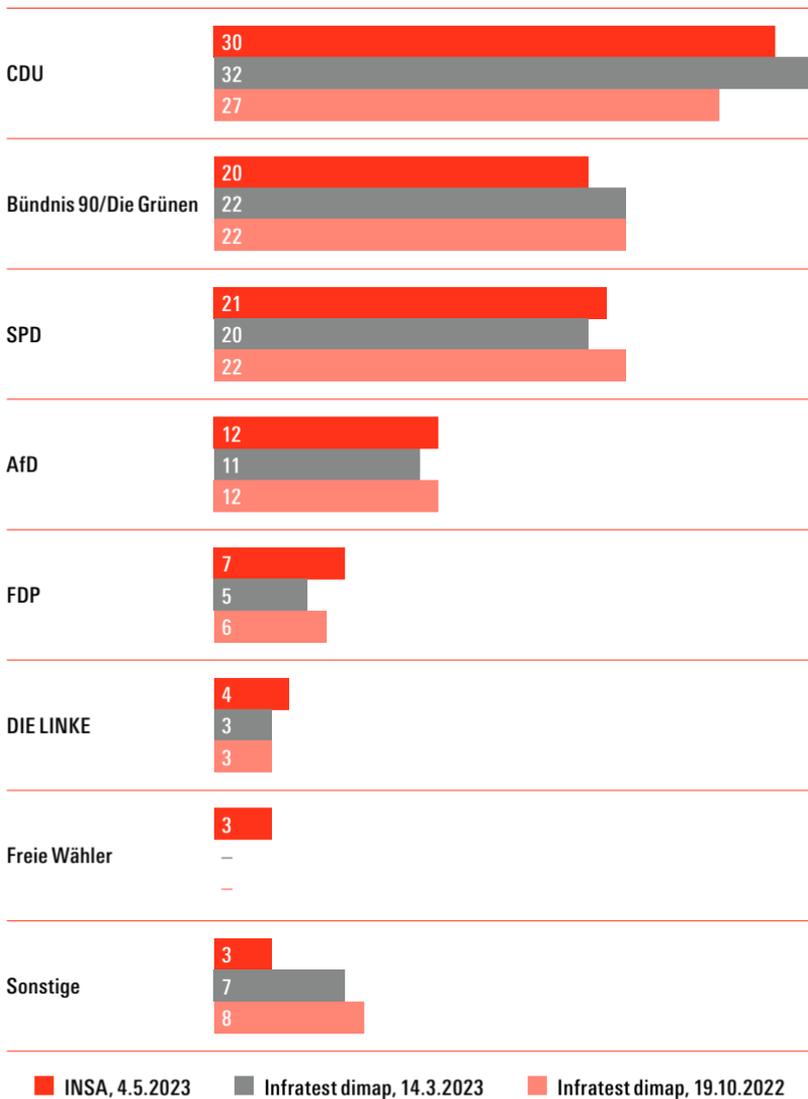
Bei den hessischen Landtagswahlen am 8. Oktober ist den Bürger*innen ein Machtwechsel zu gönnen. Die CDU regiert dort mit unterschiedlichen Koalitionspartnern bereits seit 24 Jahren, genau seit dem 7. Februar 1999. Roland Koch (CDU) gelang es damals vor allem auch deshalb, Ministerpräsident zu werden, weil er in der Lage war, seine Wahlkampfkassen auf mutmaßlich rechtswidrige Art und Weise ganz nach Belieben aufzufüllen. Einen Regierungswechsel wird sich der derzeitige Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) sicherlich nicht wünschen. Rhein löste vor einem Jahr Volker Bouffier (CDU), damals dienstältester Ministerpräsident in der Bundesrepublik, aus gesundheitlichen Gründen ab. Betrachtet man die Umfrageergebnisse der letzten Monate, könnte man durchaus meinen, dass diese Wahl in Hessen bereits zu Rheins Gunsten entschieden ist. Demnach ist die CDU eindeutig und oft sogar mit großem Vorsprung die stärkste Partei.

Trotz des deutlichen Vorsprungs der CDU in den Umfragen sind die selbstgesteckten Ziele der hessischen Grünen sehr ehrgeizig: Sie wollen ihr bestes in Hessen jemals erzieltetes Ergebnis – 19,8 Prozent bei den letzten Landtagswahlen 2018 – noch einmal toppen, darüber hinaus stärkste Partei werden und den Regierungschef stellen. Hessens derzeitiger grüner Vize-Ministerpräsident Tarek Al-Wazir sieht sich dabei in einem Dreikampf um die Staatskanzlei. Auf dem hessischen Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Wetzlar Ende Februar wurde Al-Wazir als erster Grüner in Hessen für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert.

Wenig erfreulich sind die Umfrageergebnisse für die Sozialdemokraten und ihre Spitzenkandidatin Nancy Faeser. Würde nicht der Landtag, sondern würden die Bürger*innen direkt den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin wählen, käme die derzeitige Bundesinnenministerin mit 17 Prozent nur auf Platz drei, hinter Rhein (32 Prozent) und Al-Wazir (23 Prozent).¹ In einer INSA-Umfrage vom Mai 2023 lag die SPD mit

1 Türk, Wolfgang: CDU und Rhein weit vorn, SPD wartet auf Faeser-Effekt, 14.3.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/landtag/hr-hessentrend-cdu-und-rhein-weit-vorn-spd-wartet-auf-faeser-effekt-v1,hessentrend-landtagswahl-hessen-100.html.

**Abbildung 1: Ergebnisse von Umfragen zur Landtagswahl 2023
in Hessen (in %)**



Quelle: wahlrecht.de

21 Prozent zwar erstmals einen Prozentpunkt vor Bündnis 90/Die Grünen und damit auf Platz zwei, aber nur deshalb, weil die Grünen zwei Prozent verloren hatten. Auf den «Faeser-Effekt» muss die Partei also noch immer warten.

Was die anderen Parteien betrifft, so bleiben noch einige Unwägbarkeiten: Schafft es DIE LINKE in der derzeitigen Situation noch einmal in den Landtag? Die Querelen um die von Sahra Wagenknecht angekündigte Gründung einer neuen Partei auf Bundesebene und die MeToo-Affäre in Hessen führten zu einem Stimmungstief und zum Absturz in den Umfrageswerten. Der Austritt der bekannten Umweltaktivistin Barbara Schlemmer aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihre Kandidatur bei der Linkspartei scheint ein Lichtblick. Schlemmer ist Sprecherin des «Aktionsbündnisses keine A49» und lobt DIE LINKE dafür, die einzige Partei in Hessen zu sein, die den Widerstand gegen den Ausbau weiterer Autobahnen konsequent und aktiv unterstützt. Aber reicht die Kandidatur einer einzigen bekannten Aktivistin aus Protest gegen die Haltung der Grünen zum Autobahnausbau in Hessen aus, um der LINKEN über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen? Die bundesweit und auch in Hessen explodierende Armutsquote – in Mittelhessen betrug sie nach jüngsten Angaben 19,5 Prozent² – sollte im Prinzip allein schon ein Garant für die hessischen LINKEN sein, wieder in den Landtag einzuziehen.

Auch für die FDP könnte es im Oktober durchaus knapp werden. Zwar konnte sie ihr Ergebnis 2018 gegenüber 2013 um 2,5 Prozent verbessern, aber vor zehn Jahren war das Wahlergebnis mit genau 5 Prozent auch eine Punktlandung. Die Liberalen scheiterten bisher nur einmal, nämlich 1982, mit 3,1 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde, kamen aber bereits 1983 wieder auf 7,6 Prozent. Eine Koalitionsaussage sucht man bei der FDP diesmal vergebens. Offizielles Wahlziel ist: Ablösung von Schwarz-Grün.

Den letzten Umfragen zufolge hat die CDU in Hessen die Option, sowohl die langjährige Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen fortzusetzen als auch die SPD als Juniorpartner mit ins Boot zu holen. Rechnerisch möglich wäre jedoch erstmalig auch in Hessen eine Ampelregierung.

2 Paritätischer: Die Armutsquote steigt in Hessen weiter, 10.3.2023, unter: www.fuldainfo.de/paritaetischer-die-armutsquote-steigt-in-hessen-weiter/.

Diesbezüglich muss sich Boris Rhein aber wohl nicht allzu viele Sorgen machen: Laut «Hessentrend» will solch eine Koalition mit 17 Prozent nur ein kleiner Teil der hessischen Wähler*innen,³ was nicht unbedingt für die amtierende Bundesregierung spricht. Dass es im Oktober 2023 zu den berüchtigt-berühmten «hessischen Verhältnissen» kommt (also keine klaren Mehrheiten und erhebliche Probleme bei der Regierungsbildung), kann nicht ausgeschlossen werden. Die Gefahr einer Regierung mit Beteiligung der AfD scheint in Hessen momentan noch gebannt. Nach aktuellen Umfragewerten kommt die vor zehn Jahren im hessischen Oberursel gegründete Rechtsaußen-Partei zwar auf 13 Prozent. Boris Rhein jedoch hat im Namen der hessischen CDU jegliche Kooperation mit der AfD ausgeschlossen.⁴

SOZIOÖKONOMISCHE UND POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Das Bundesland Hessen umfasst 21.114,94 Quadratkilometer und hat 6.295.017 Einwohner*innen (Stand: 31. Dezember 2021), was einer Bevölkerungsdichte von 298 Einwohner*innen pro Quadratkilometer entspricht. Nach der Bevölkerungszahl ist es damit das fünftgrößte, nach der Fläche das siebtgrößte Bundesland. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2022 323,4 Milliarden Euro. Hessen liegt damit im Bundesländervergleich an fünfter Stelle hinter Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Im Schuldenvergleich der Bundesländer liegt Hessen mit einer Verschuldung in Höhe von 40,1 Milliarden Euro (Stand: 30. Dezember 2022) ebenfalls auf dem fünften Platz hinter Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.⁵

Die hessische Wirtschaft ist größer als die von 16 EU-Mitgliedsstaaten und fast so groß wie die von Dänemark oder Irland. Die Mittellage Hessens in Deutschland und Europa wurde durch die Wiedervereinigung erneut gestärkt und das wirtschaftlich erfolgreiche Bundesland zählt seit Gründung der BRD gemeinsam mit Baden-Württemberg durchgängig zu

3 Siehe Türk: CDU und Rhein weit vorn.

4 Rhein betont für CDU Hessen: «Brandmauer zur AfD steht», in: hessenschau, 24.7.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/boris-rhein-betont-nach-merz-aeusserung-fuer-cduhessen-brandmauer-zur-afd-steht-v2,rhein-schliesst-zusammenarbeit-mit-afd-aus-100.html.

5 Siehe <https://bundeslaender-deutschland.info/bundesland-hessen/>.

den Geberländern im Länderfinanzausgleich. Die Konzentration der Finanzwirtschaft, die Wahl von Frankfurt am Main als Standort der Europäischen Zentralbank, die Bedeutung des internationalen Messeplatzes, die verkehrspolitisch zentrale Rolle des Frankfurter Flughafens sowie wichtige industrielle Ansiedlungen im Bereich Fahrzeugbau (Opel, VW), chemische Industrie, Maschinenbau wie auch Elektrotechnik sind die Gründe. Allerdings steht ein ökonomisch starker Süden, vor allem die Rhein-Main-Region, wirtschaftlich und infrastrukturell schwächeren Regionen in Mittel- und Nordhessen gegenüber. Die Arbeitslosenquote betrug im März dieses Jahres 5,2 Prozent.⁶

Die hessische Verfassung bietet einige Besonderheiten und unterscheidet sich von den meisten anderen Landesverfassungen sowie dem Grundgesetz (GG). Der Grundrechtsteil ist umfangreicher als der des GG und enthält neben liberalen Abwehrrechten umfassende soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten sowie das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde. So ist zum Beispiel in Art. 28 das Recht und die Pflicht zur Arbeit kodifiziert, in Art. 29 das Streik- und Koalitionsrecht, in Art. 31 der Achtstundentag, in Art. 33 Equal Pay, in Art. 34 bezahlter Urlaub, in Art. 35 die Sozialversicherung und in Art. 37 die Mitbestimmung.⁷ Im Zentrum des hessischen Regierungssystems steht der Landtag. Seine 110 Mitglieder werden im Rahmen der personalisierten Verhältniswahl, das heißt mit einer Wahlkreis- und einer Landesstimme, für fünf Jahre gewählt. Die Abgeordneten wählen den Ministerpräsidenten/ die Ministerpräsidentin mit absoluter Mehrheit. Diese*r ernennt sodann seine Minister*innen. Ohne parlamentarische Mehrheit bleibt die Regierung geschäftsführend im Amt, wie dies nach den Landtagswahlen 1982 und 2007 der Fall war.

Im Hessen der Nachkriegszeit etablierte sich zunächst die SPD als führende politische Kraft. Sie war von 1946 bis 1974 durchgehend stärkste Partei und gewann 1950, 1962 und 1966 die absolute Mehrheit. Eine Besonderheit ist dabei die langjährige Kooperation mit dem Bund der Hei-

6 Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/762388/umfrage/arbeitslosenquote-in-hessen/>.

7 «Hessen gab sich eine sozialistische Verfassung». 75 Jahre Landesverfassung Hessen. Videodokumentation einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen vom 21. November 2021, unter: <https://hessen.rosalux.de/news/id/45422/hessen-gab-sich-eine-sozialistische-verfassung>.

matvertriebenen und Entrechteten, einem Auffangbecken für Altnazis, die sich durch diese Parteineugründung weiter politisch betätigen konnten.⁸ Zwischen 1945 und 1999 führte die Partei mit fünf Ministerpräsidenten 13 unterschiedliche Kabinette. Die Hegemonie resultierte aus der erfolgreichen Integration städtischer und ländlicher Räume, die im nordhessischen Fall überwiegend protestantisch geprägt waren und einer sozialdemokratischen Milieutradition folgten. Sie war aber auch das Ergebnis geschickter Koalitionsbildungen.

Im Laufe der 1980er-Jahre erfolgten zwei wesentliche Veränderungen im hessischen Parteiensystem: erstens die Absage der Liberalen an eine Fortführung der Koalition mit der SPD und zweitens der rapide Aufstieg der Grünen. Es kam zu einer Lagerbildung, einerseits von CDU/FDP und andererseits SPD und Grünen. Nach zwei Landtagswahlen, die keine regierungsfähigen Mehrheiten erbrachten («Hessische Verhältnisse»), tolerierten die Grünen im Juli 1984 eine SPD-Minderheitsregierung. Im Dezember 1985 traten die Grünen offiziell in die Landesregierung unter Führung von Holger Börner (SPD) ein und machten mit dem bundesweit ersten rot-grünen Regierungsbündnis Schlagzeilen, insbesondere mit Joschka Fischer als Staatsminister für Umwelt und Energie. Dieses Bündnis hielt jedoch nicht lange: Ein Streit um die Atomkraft beendete es im Februar 1987. Erstmals kam es in diesem Jahr in Hessen zu einer CDU-geführten Regierung mit der FDP unter Ministerpräsident Walter Wallmann. Nach einer Legislaturperiode wurde sie 1991 von einer neuen rot-grünen Regierung unter Hans Eichel (SPD) abgelöst. Sie regierte zwei Legislaturperioden bis 1999.

8 Siehe DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (Hrsg.): Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.–11. Wahlperiode (1946–1987), Oldenburg/Wiesbaden 2011, unter: www.linksfraktion-hessen.de/fileadmin/ff/Publikationen/20110600_Studie_Braunes_Erbe_-_NS-Vergangenheit_hessischer_Landtagsabgeordneter.pdf; Hessens Landtag war von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern durchsetzt, dpa/Zeit Online, 4.5.2011, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/hessen-landtag-nazis.

DAS «SCHWARZE HESSEN» – WAHLERGEBNISSE SEIT 1999

Das Jahr 1999 brachte einen politischen Umschwung. Das ehemals «rote Hessen» wurde zum «schwarzen Hessen». Es kam zu einer Dominanzphase der CDU, die bis heute anhält. Obwohl die Forschungsinstitute damals einen Wahlsieg der rot-grünen Landesregierung und der SPD die Position der stärksten Partei vorhergesagt hatten, konnte die CDU mit 43,4 Prozent deutlich zulegen. Die SPD hatte zwar leichte Stimmengewinne zu verbuchen, aber der Einbruch von Bündnis 90/Die Grünen (sie fielen in der Wählergunst von 11,2 auf 7,2 Prozent) führte zum Machtverlust. Die FDP fiel ebenfalls von 7,4 auf 5,1 Prozent.⁹ Roland Koch (CDU) wurde zum ersten Mal Ministerpräsident und blieb es bis zum 31. August 2010. Gemäß einer Analyse von Infratest dimap war das Thema doppelte Staatsbürgerschaft wahlentscheidend. Gegen das Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung, diese mit einer Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes zu erleichtern, hatte die hessische CDU im Wahlkampf eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Fast jede*r zweite CDU-Wähler*in und über 60 Prozent derjenigen, die in Hessen von einer anderen Partei zur CDU gewechselt waren, gaben an, aus Protest gegen das angekündigte neue Gesetz die Union gewählt zu haben.¹⁰ Die rot-grüne Bundesregierung verabschiedete daraufhin mit dem sogenannten Optionsmodell eine deutlich abgeschwächte Version ihrer ursprünglichen Gesetzesinitiative. Die PDS ist 1999 in Hessen nicht zur Wahl angetreten und hatte stattdessen zur Wahl von Rot-Grün aufgerufen.

Nach und nach sickerten dann Informationen an die Öffentlichkeit, dass der Wahlkampf der Hessen-CDU wohl mit illegalen Mitteln finanziert worden war. Laut ARD-Magazin «Kontraste» vom 11. Mai 2000 hatten in den 1980er-Jahren der ehemalige Generalsekretär der Hessen-CDU und spätere Bundesinnenminister Manfred Kanther zusammen mit dem damaligen CDU-Landesschatzmeister Casimir Johannes Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg mehrere illegale Parteispenden in Höhe von gut 22.000 DM über Luxemburg in die Schweiz und nach Liechtenstein trans-

9 Landtagswahl in Hessen 1999, unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Hessen_1999.

10 Siehe Schmitt-Becker, Rüdiger: Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2000, S. 3–17.

feriert.¹¹ Um dieses Geld zurück nach Hessen zu schaffen, kam der ehemalige Steuer- und Finanzberater der Hessen-CDU, Horst Weyrauch, auf die Idee, es als Vermächtnis von bereits Verstorbenen zu deklarieren, denn da Tote ja keinen unlauteren Einfluss auf politische Parteien ausüben können, wäre dies mit dem 1983 geänderten Parteiengesetz konform. «Namenlose Leichen pflastern den Weg der Hessen CDU», kommentierte «Kontraste». Als der Schwindel aufzuffliegen drohte, zauberten die Geldwäscher der Hessen-CDU noch ein weiteres besonders perfides Kaninchen aus dem Zylinder: Aus den fiktiven verstorbenen Spendern wurden jüdische Spender. Nach Juden, da war man sich sicher, würde sich bestimmt niemand zu fragen trauen. Als angebliches Erbe deutscher Juden und Darlehen getarnt, wurden so weitere Millionenbeträge zurückgebucht und konnten in Roland Kochs Wahlkampf erfolgreich Verwendung finden. Dieser, so kam schließlich heraus, war selbst an der Tarnung der illegalen Spenden als «Darlehen» beteiligt. Vorher hatte er jedoch noch einer aufgeschreckten Öffentlichkeit versprochen, die Affäre «brutalstmöglich» aufzuklären zu wollen. Als Ergebnis dieser Aufklärung bleibt festzuhalten: Kanther und Weyrauch wurden verurteilt, das Verfahren gegen Wittgenstein wurde aufgrund dessen schlechten Gesundheitszustands eingestellt. Gegen Koch wurde nicht ermittelt, die Herkunft des Geldes nie wirklich geklärt.¹²

Der aufstrebende Politiker Koch erlebte kurz nach der gewonnenen Landtagswahl 1999 ein politisches Desaster und wurde selbst mehrfach der Lüge überführt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen forderten seinen Rücktritt, aber Koch blieb im Amt. Bei der nächsten Landtagswahl am 2. Februar 2003 errang die hessische CDU mit 48,8 Prozent ihr bestes Ergebnis aller Zeiten und zum ersten Mal die absolute Mehrheit. Die SPD hingegen verlor mehr als 10 Prozent und kam nur noch auf 29,1 Prozent, das schlechteste Ergebnis, das sie jemals in Hessen erzielt hatte. Die Grünen erreichten 10,1 und die FDP kam auf 7,9 Prozent. Wie die Forschungsgruppe Wahlen damals ermittelte, war das Ergebnis stark bundespolitisch beeinflusst. Rund 44 Prozent der Befragten gaben an, bundespolitische Gründe seien für sie wahlentscheidend gewesen. Nie zuvor hatte es

11 Alle Informationen und Zitate zur «Spendenaffäre» stammen aus dem Kontraste-Beitrag Spendenaffäre in Hessen: Die untoten Toten, 11.5.2000, unter: www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/demokratie/spendenaffaere_in.html.

12 Siehe Klingelschmitt, Klaus-Peter: Mit Geisterspenden zum Wahlsieg, in: die tageszeitung, 17.2.2000; Als die CDU ihre Unschuld verlor, in: Frankfurter Neue Presse, 18.12.2018.

eine derartig hohe Verschiebung zwischen den Volksparteien gegeben. Die Politik der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder wurde mit –1 auf der Skala von +5 bis –5 beurteilt.¹³

Für die nächste Landtagswahl im Januar 2008 bestätigten die Delegierten der hessischen CDU auf einem Landesparteitag mit 99,4 Prozent Roland Koch als ihren Spitzenkandidaten. Im Wahlkampf ließ sich der Regierungschef und «brutalstmögliche» Aufklärer durch Pannen, Kritik und mäßige Umfragewerte nicht aus der Ruhe bringen: «Meine Lebensplanung ist, die starke Rolle beizubehalten, die ich mir als Ministerpräsident erarbeitet habe», erklärte Koch und vergaß nicht hinzuzufügen, «wenn sich Sozialdemokraten, Ökos und richtig stinknormale Kommunisten verbünden, werden sie Hessen durch eine zu lasche Sicherheitspolitik, Zwangseinheitsschulen und den Bau von 1.200 Windrädern in den Untergang treiben».¹⁴

Die SPD entschied sich mit knapper Mehrheit für Andrea Ypsilanti als ihre Spitzenkandidatin. Sie thematisierte im Wahlkampf unter anderem den Mindestlohn und führte dafür eine Unterschriftenaktion durch. Jede mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei lehnte Ypsilanti wiederholt kategorisch ab. Bündnis 90/Die Grünen gingen traditionell mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf: Kordula Schulz-Asche und Tarek Al-Wazir führten sie an. Mit Jörg-Uwe Hahn als Spitzenkandidat wollte die hessische FDP laut Parteitagsbeschluss «Hessen stärker machen». Ihr Wahlziel war, die absolute CDU-Mehrheit zu brechen und eine Majorität von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN zu verhindern.

2008 trat DIE LINKE zum ersten Mal in einem westlichen Flächenland landesweit an und wählte den Diplom-Pädagogen Peter Metz zu ihrem Spitzenkandidaten. Metz war ehemaliges DKP-Mitglied und bezeichnete sich selbst als «Kommunisten». Den Schießbefehl an der DDR-Grenze verglich er mit Vorschriften für deutsche Soldaten in Afghanistan und erklärte, er strebe einen «Systemwechsel» an. Am 4. September trat er von seiner Kandidatur zurück. Neuer Spitzenkandidat wurde Willi van Ooyen, der

13 Landtagswahl in Hessen 2003, unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Hessen_2003.

14 Zit. nach Witte, Jutta: Signal an Berlin, in: Das Parlament, 2.1.2008, unter: <https://webarchiv.bundestag.de/archive/2010/0325/dasparlament/2008/01-02/Innenpolitik/19155065.html>.

sich zuvor viele Jahre in der Ostermarsch- und Sozialforumsbewegung engagiert hatte.¹⁵

Am 27. Januar 2008 wurden bei einer Wahlbeteiligung von 64,3 Prozent fünf Parteien in den Landtag gewählt. Die CDU kam auf 36,8 Prozent, dicht gefolgt von der SPD mit 36,7 Prozent. Beide Parteien erhielten jeweils 42 Mandate. Die CDU verlor somit genau 12 Prozentpunkte, während die SPD 7,6 Prozentpunkte zulegen konnte und ihr historisches Tief von 2003 damit ausglich. Die FDP kam auf 9,4 Prozent (11 Mandate), Bündnis 90/Die Grünen erhielten 7,5 Prozent (9 Mandate). Der Partei DIE LINKE gelang mit 5,1 Prozent (6 Mandate) zum ersten Mal (zusammen mit der LINKEN in Niedersachsen, wo am selben Tag gewählt worden war) der Einzug in das Landesparlament eines westdeutschen Flächenlandes.¹⁶

In dieser Pattsituation in Hessen, in der alle theoretisch möglichen Konstellationen wie zum Beispiel eine Große Koalition oder eine Ampel- oder Jamaika-Koalition nicht zuletzt an einem sehr emotional geführten Wahlkampf scheitern mussten, diskutierte Ypsilanti SPD auch die Option einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linkspartei. Führende Sozialdemokrat*innen argumentierten, es käme darauf an, inhaltlich die versprochenen Zusagen im Sozial- und Bildungsbereich umzusetzen. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Option einer Minderheitstolerierung verweigerten vier Sozialdemokrat*innen Ypsilanti jedoch die Zustimmung und warfen ihr Wortbruch vor, weil sie im Wahlkampf jede Zusammenarbeit mit der LINKEN ausgeschlossen hatte.

Somit kam es dann am 18. Januar 2009 in Hessen zu Neuwahlen. Die Spitzenkandidat*innen aller Parteien waren dieselben wie im Jahr zuvor. Nur Andrea Ypsilanti von der SPD erklärte, nicht mehr antreten zu wollen. Für sie ging Torsten Schäfer-Gümbel ins Rennen. Im kurzen Wahlkampf versuchte die SPD, mit den Themen Energiewende, Schulpolitik und Mindestlöhne zu punkten. Die CDU stellte sich als die Partei dar, die

15 Hessen-Linke. Neuer Spitzenkandidat ist ausgehandelt, in: Spiegel Online, 7.9.2007, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/hessen-linke-neuer-spitzenkandidat-ist-ausgehandelt-a-504473.html.

16 Landtagswahl in Hessen 2008, unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Hessen_2008#:~:text=In%20den%20Landtag%20wurden%20f%C3%BCnf,42%20Sitzen%20im%20Hessischen%20Landtag.

die seit Herbst 2008 immer gravierendere Ausmaße annehmende Finanzkrise am besten bewältigen könne, und forderte den Ausbau der Flughäfen in Frankfurt am Main und Kassel sowie weiterer Straßenbauprojekte in Nordhessen. Am Wahltag ging die CDU mit 37,2 Prozent (+ 0,4 Prozent) aus den Wahlen als stärkste Partei hervor. Die SPD verlor erdrutschartig und kam nur noch auf 23,7 Prozent (– 13 Prozent). FDP und Bündnis 90/Die Grünen verzeichneten außergewöhnliche Stimmenzuwächse und kamen auf 16,2 Prozent (FDP) bzw. auf 13,7 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen). Der LINKEN gelang mit 5,4 Prozent der erneute Einzug in den Landtag.¹⁷

Dank der starken Zugewinne der FDP wurde am 5. Februar 2009 Roland Koch erneut zum Ministerpräsidenten (Kabinetts Koch III) einer christlich-liberalen Koalition gewählt. Am 31. August 2010 trat er dann überraschend von seinem Amt als Ministerpräsident zurück und legte auch alle weiteren parteipolitischen Funktionen sowie sein Landtagsmandat nieder. Als Grund für seinen Rückzug aus der Politik deutete Koch an, er wolle künftig in der Wirtschaft tätig werden. Als wahren Grund vermuten viele jedoch seine gescheiterten Ambitionen in Hinsicht auf das Kanzleramt. Im März 2011 wurde Koch dann zum Vorstandsmitglied und im Juli des Jahres zum Vorstandsvorsitzenden des Baukonzerns Bilfinger & Berger berufen. Überraschend kam diese Berufung nicht, schließlich hatte Koch als Ministerpräsident dafür gesorgt, dass der Konzern den Zuschlag für den Bau von Teilen der hoch umstrittenen neuen Startbahn West und anderer Einrichtungen des Frankfurter Flughafens erhalten hatte. Dabei handelte es sich um Aufträge im Wert von rund 80 Millionen Euro. Kochs Jahresgehalt betrug geschätzte 1,5 Millionen Euro – das Zehnfache, das einem Ministerpräsidenten in Hessen damals als Gehalt gezahlt wurde. Der Aufsichtsrat des Konzerns begründete die Berufung Kochs und sein Gehalt mit dessen «immer wieder bewiesener Führungskraft».¹⁸

Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten wurde auf Vorschlag Kochs dessen treuer Mitstreiter Volker Bouffier, der sich in seiner Zeit als hessischer Innenminister den Spitznamen «Schwarzer Sheriff» zugezogen hat-

17 Landtagswahl in Hessen 2009, unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Hessen_2009#:~:text=Die%20Wahlbeteiligung%20lag%20bei%2061,historisch%20schlechtestes%20Ergebnis%20in%20Hessen.

18 Zit. nach Forum Manager, Interviewsendung von Phoenix, 11.2.2023, unter: www.youtube.com/watch?v=470d-ahLA_k.

te. In seiner Amtszeit als Innenminister war es zu ständigen Änderungen und Verschärfungen des hessischen Polizeigesetzes und der Polizeipraxis gekommen, darunter die Rückkehr zur Rasterfahndung, eine automatische Kennzeichenerfassung und eine allgemeine Telekommunikationsüberwachung. Zweimal erhielt er als Innenminister den «Big Brother Award» in der Kategorie Politik. Hierbei handelt es sich um eine Auszeichnung, die, so die Stifter – zu denen unter anderem die Humanistische Union, der Chaos Computer Club und die Internationale Liga für Menschenrechte gehören –, an Organisationen oder Personen verliehen wird, die in besonderer Weise «die Privatsphäre von Personen beeinträchtigen oder Dritten persönliche Daten zugänglich machen».

Bei den Wahlen zum 19. Hessischen Landtag am 22. September 2013 gewann die CDU 1,1 Prozent hinzu und wurde mit 38,3 Prozent erneut stärkste Partei. Die SPD kam auf 30,7 Prozent und konnte ihre Niederlage von 2009 zumindest teilweise wieder kompensieren. Bündnis 90/Die Grünen erlitten leichte Verluste und landeten bei 11,1 Prozent, die Linkspartei zog mit 5,2 erneut in den Landtag ein. Die FDP aber verlor fast zwei Drittel ihrer Stimmen (– 11,2 Prozent) und kam mit 5,0 Prozent so eben noch in den Landtag. Die erstmals bei einer Landtagswahl angetretene AfD erreichte 4,1 Prozent.¹⁹ Aufgrund der dramatischen Verluste der FDP war eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition nicht möglich und auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten zusammen eine Mehrheit der Mandate verfehlt.

Bouffier erhob den Anspruch auf die Regierungsbildung und begann Sondierungsgespräche sowohl mit der SPD als auch mit Bündnis 90/Die Grünen. Im November 2013 unterbreitete er dem Grünen-Vorsitzenden und -Spitzenkandidaten Tarek Al-Wazir das Angebot, mit der CDU Gespräche zur Bildung einer schwarz-grünen Koalition aufzunehmen. Bereits am nächsten Tag beschloss ein kleiner Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen mit großer Mehrheit, das Angebot anzunehmen. Es kam zur ersten schwarz-grünen Koalition in einem Flächenland und im Januar 2014 wurde Bouffier mit 62 Stimmen (einer Stimme mehr, als CDU und Grüne auf sich vereinten) als Ministerpräsident bestätigt.

¹⁹ Siehe Landtagswahl am 22. September 2013 in Hessen, unter: www.wahlrecht.de/news/2013/landtagswahl-hessen-2013.html.

DIE ERSTE SCHWARZ-GRÜNE KOALITION IN EINEM FLÄCHENLAND

Lange Zeit standen beide Parteien allein schon aufgrund widersprechender politischer Grundsatzüberzeugungen auf der Bundes-, aber auch Landesebene einer Zusammenarbeit ablehnend gegenüber und repräsentierten jeweils den gegenseitigen politischen «Hauptfeind». CDU, CSU und FDP bezeichneten in den Wahlkämpfen Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich als «Dagegen-Partei». Zu Differenzierungen und Veränderungen führte nach der parlamentarischen Etablierung von grünen Parteien im Bund und in den Ländern nach und nach vor allem die Annäherung der Wählermilieus von Bündnis 90/Die Grünen und der Union in sozioökonomischer Hinsicht, kurz: die Verbürgerlichung der Grünen. Trotzdem bezeichnete Angela Merkel noch im November 2010 ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene als «Hirngespinnst».²⁰

Infolge der sich im Juni 2011 ereignenden Nuklearkatastrophe von Fukushima kam es zu einer weiteren Annäherung beider Parteien. Bis zum Dezember 2013 existierte ein schwarz-grünes Bündnis nur im Stadtstaat Hamburg, wo bereits von April 2008 bis November 2010 eine schwarz-grüne Koalition regiert hatte. Diese scheiterte, als der amtierende Erste Bürgermeister Ole von Beust (CDU) aus Altersgründen zurücktrat und sein erzkonservativer Nachfolger Christof Ahlhaus dessen Amt übernahm. In Hessen stimmte im Dezember 2013 die CDU dem ausgehandelten Koalitionsvertrag «Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen» einstimmig zu. Bei Bündnis 90/Die Grünen votierten auf einem Landesparteitag immerhin 25,7 Prozent der Delegierten dagegen. Nach einem Jahr schwarz-grüner Koalition in Hessen vermeldete der Deutschlandfunk dann offensichtlich etwas überrascht: «CDU und Grüne regieren in Hessen reibungsloser und erfolgreicher, als ihnen zugetraut wurde», und fragte: «Werden für den Koalitionsfrieden Inhalte geopfert?»²¹ In der Tat konnten beide Hauptprotagonisten, der Law-and-Order-Mann und «Schwarze Sheriff» im Kabinett des CDU-Hardliners Roland Koch und bis dahin nicht gerade der größte Freund der Ökopartei und sein jetziger Wirt-

20 Merkel sieht Schwarz-Grün als «Hirngespinnst», in: Süddeutsche Zeitung, 15.11.2010, unter: www.sueddeutsche.de/politik/cdu-parteitag-merkel-sieht-schwarz-gruen-als-hirngespinnst-1.1023966.

21 Zit. nach: Koalitionsfrieden statt Inhalte?, Deutschlandfunk, 16.1.2015, unter: <https://www.deutschlandfunk.de/schwarz-gruene-regierung-in-hessen-koalitionsfrieden-statt-100.html>.

schafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir, Sohn einer rebellischen Startbahn-West-Gegnerin, unterschiedlicher kaum sein.

Ersterer sprach nun davon, es hieße, «Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensatz zu begreifen, sondern zum ersten Mal in einem großen Land in einer Regierung beides unter einen Hut zu bekommen».²² «Diskretion beim Austragen interner Konflikte – das ist das Erfolgsrezept dieses Bündnisses, das seit dem 18. Januar 2014 so geräuschlos arbeitet. Differenzen werden diszipliniert hinter verschlossenen Türen ausgetragen», beobachtete auch Jürgen Falter, damals Parteienforscher an der Universität Mainz.²³ Selbst SPD, FDP und Linkspartei – die Opposition im Hessischen Landtag – erkannten an, dass Schwarz-Grün ungewöhnlich reibungslos funktionierte. Janine Wissler, damals stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei und seit 2008 Mitglied im Hessischen Landtag, reüsierte: «Wir wundern uns auch, dass diese Koalition doch so harmonisch zusammenarbeitet. Angesichts der Tatsache, dass Tarek Al-Wazir noch wenige Tage vor der Landtagswahl Volker Bouffier als Rechtspopulisten bezeichnet hat. Die Grünen haben noch kurz vor der Landtagswahl den Rücktritt von Volker Bouffier gefordert und jetzt regiert man einträchtig zusammen.»²⁴ Aber Hessens Ministerpräsident hatte die Rechtsaußen-Position abgelegt und weitergegeben an den rechtspopulistischen CDU-Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende fiel immer wieder durch ausländer- und homosexuellenfeindliche Äußerungen auf.²⁵

Wie dieses beidseitig propagierte «Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensatz begreifen, sondern versuchen, unter einen Hut zu bekommen» in der Praxis aussah, veranschaulicht das Beispiel des weiteren Ausbaus des Frankfurter Flughafens: Im Koalitionsvertrag hatten CDU und Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, die Pläne für den weiteren Ausbau des Airports durch einen dritten Terminal (T3) sollten noch einmal überprüft werden. Ziel des Baus von T3 ist, die Kapazität des Flughafens um jähr-

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Zit. nach Fittkau, Ludger: Hauptsache, es bleibt ruhig, Deutschlandfunk Kultur, 13.1.2015, unter: www.deutschlandfunkkultur.de/schwarz-gruen-in-hessen-hauptsache-es-bleibt-ruhig-100.html.

25 Wellstein, Ute/Türk, Wolfgang: Nach dem Spitzenmann wechselt die CDU jetzt auch die Farbe, in: hessenschau, 24.3.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/nach-dem-spitzenmann-wechselt-die-cdu-jetzt-auch-die-farbe-v2,cdu-wahlkampf-rhein-100.html.

lich rund 25 Millionen Passagiere und etwa 200.000 Flugbewegungen zu erweitern, was für die Anrainer eine immense Zunahme von Fluglärm und Schadstoffen bedeuten würde. Tarek Al-Wazir, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen, versicherte daraufhin im Wahlkampf, mit ihm werde es keinen T3 geben.²⁶

Der Ministerpräsident (und gleichzeitig Jurist) verwies nach der Wahl darauf, dass die Entscheidung über den Ausbau nicht bei der Landesregierung liege, schließlich sei T3 bereits planfestgestellt, sondern bei Fraport, der Betreibergesellschaft des Flughafens. Der grüne Verkehrsminister Al-Wazir brauchte diese Auffassung dann nur noch zu übernehmen. Es verwundert somit nicht, dass die erste schwarz-grüne Koalition am Ende der Legislaturperiode von konservativer Seite viel Lob erhielt: «Insgesamt wird man konstatieren können, dass «Schwarz-Grün» gleichsam in den Mühen des Regierungsalltags zueinander gefunden und Hessen erfolgreich regiert hat», resümierte zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie hebt unter anderem hervor, die gute Chemie zwischen den beteiligten Hauptakteuren sei essenziell für das Gelingen der Koalition gewesen, darüber hinaus sei es gelungen, sich bei unterschiedlichen Positionen bei Abstimmungen im Bundesrat zu enthalten. Man habe «insgesamt auf den Pragmatismus des politischen Alltags» gesetzt. Natürlich galt auch für die Stiftung vor allem «der sensible Umgang mit den Feldern Wirtschaft und Verkehr als Gradmesser für das Funktionieren».²⁷

Und wie bewerteten die hessischen Wähler*innen die Arbeit der ersten schwarz-grünen Landesregierung? Infratest dimap zufolge waren insgesamt 60 Prozent der Wähler*innen zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung, die Wähler*innen der CDU jedoch nur zu 46 Prozent, während sich die Anhänger*innen der Grünen – und das scheint angesichts der politischen Praxis in den vergangenen vier Jahren und der Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung doch etwas überraschend – ebenfalls zu 60 Prozent mit der Arbeit der Koalition zufrieden zeigten.²⁸

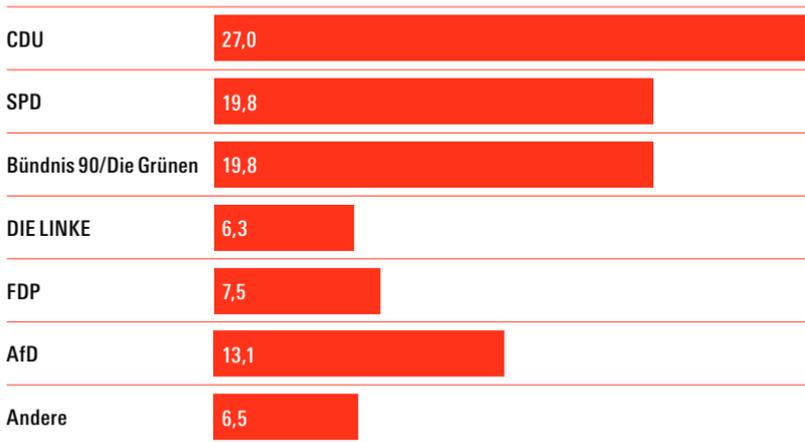
26 Rudele, Viola: Terminal 3 am Airport: Mensch und Umwelt vor Profit, in: Frankfurter Rundschau, 30.4.2019, unter: www.fr.de/frankfurt/terminal-3-frankfurt-flughafen-protest-mahnwachen-12234121.html.

27 Kronenberg, Volker: Neue Wege gehen: Schwarz-Grün in Hessen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 18.7.2018, unter: www.kas.de/de/einzelteil/-/content/neue-wege-gehen-schwarz-gruen-in-hessen1.

28 Infratest dimap: Hessen 2013. WahlREPORT Landtagswahl, Berlin 2013, unter: www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/HE_1309_Wahlreport_Leseprobe.pdf.

Bei der Landtagswahl am 28. Oktober 2018 wurde die CDU dann mit 27 Prozent zwar wieder stärkste Partei, verlor jedoch mit 11,3 Prozent erdrutschartig. Auch die SPD, die, genau wie Bündnis 90/Die Grünen, auf 19,8 Prozent kam, verlor mit 10,9 Prozent zweistellig. Und die Grünen sicherten sich mit 66 Stimmen Vorsprung sogar noch Platz zwei. Die AfD erhielt 13,1 Prozent (+9,0 Prozent), die FDP kam auf 7,5 (+2,5 Prozent) und DIE LINKE landete mit 6,3 Prozent (+1,1 Prozent) wieder sicher im Landtag. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,3 Prozent und war damit um 5,9 Prozent niedriger als 2013, als am selben Tag der Landtagswahl die Bundestagswahlen stattfanden. Allerdings fanden diesmal gleichzeitig 15 Volksabstimmungen über vom Landtag beschlossene Verfassungsänderungen statt.²⁹

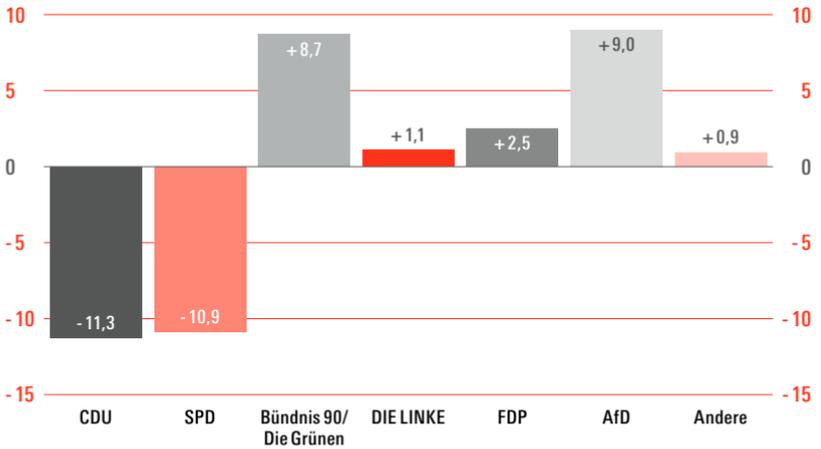
Abbildung 2: Amtliches Endergebnis der Landtagswahlen 2018 in Hessen (in %)



Quelle: statistik-hessen.de

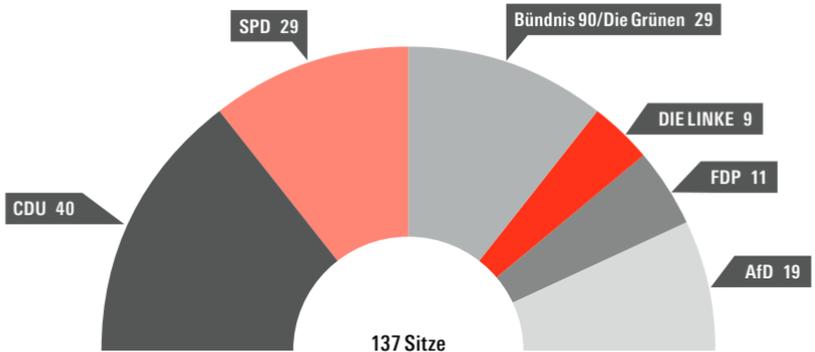
29 Schwarz-Grün kann in Hessen weiter regieren, ntv, 29.10.2018, unter: www.n-tv.de/politik/Schwarz-Gruen-kann-in-Hessen-weiter-regieren-article20693167.html.

Abbildung 3: Gewinne und Verluste bei den Landtagswahlen 2018 in Hessen (in %)



Quelle: statistik-hessen.de

Abbildung 4: Sitzverteilung nach den Landtagswahlen 2018 in Hessen



Quelle: statistik-hessen.de

Übereinstimmend erklärten CDU und SPD ihre massiven Verluste in Hessen mit der Unzufriedenheit der Wähler*innen mit der Arbeit der Bundesregierung. Sie seien ein «Denkzettel für die GroKo» gewesen. Und für diese hatte die Hessenwahl durchaus Konsequenzen. So führte zum Beispiel Carsten Linnemann (CDU), damaliger Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, aus: «Wer hier in Berlin dieses Ergebnis schönreden will, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt [...] Unsere massiven Stimmenverluste lassen befürchten, dass wir weiterhin dabei sind, unseren Status als Volkspartei zu verlieren.»³⁰

Am Tag darauf gab Kanzlerin Angela Merkel bekannt, beim Bundesparteitag im Dezember 2018 nicht mehr für den Bundesparteiivorsitz kandidieren zu wollen.³¹ Dem Ergebnis zufolge hatte in Hessen sowohl eine Große Koalition, eine Ampel als auch die amtierende schwarz-grüne Regierungskoalition eine arithmetische Mehrheit. Und genauso verliefen dann auch die ersten Sondierungsgespräche. Am 16. November 2018 entschied der CDU-Landesvorstand einstimmig, Bündnis 90/Die Grünen Koalitionsverhandlungen anzubieten. Der grüne Landesvorstand beschloss ebenso einstimmig, das Angebot anzunehmen. Nach einmonatigen Verhandlungen billigten die Gremien beider Parteien den ausgehandelten Koalitionsvertrag mit dem bedeutungsvollen Titel «Aufbruch im Wandel durch Haltung, Orientierung und Zusammenhalt». Inhaltlich findet sich hier unter anderem eine Aufstockung der Polizei um 1.000 Stellen, kompromisslosere Regeln für mit dem Gesetz in Konflikt geratene Asylbewerber*innen, ein weiterer Ausbau von Ganztagschulen, aufstockende Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus um eine halbe Milliarde Euro sowie mehr Professorenstellen an hessischen Hochschulen. Die CDU erhielt neben den Posten des Ministerpräsidenten und des Chefs der Staatskanzlei sechs Ministerien, Bündnis 90/Die Grünen vier.³²

30 Unionsvizefraktionschef Linnemann verlangt von Merkels CDU-Führung Konsequenzen aus schlechtem Wahlergebnis in Hessen, in: Presseportal.de, 29.10.2018.

31 Zeitenwende nach Hessen-Wahl 2018: Merkel zieht die Reißleine, in: Die Welt, 29.10.2018, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article182903264/Zeitenwende-nach-Hessen-Wahl-2018-Merkel-zieht-die-Reissleine.html.

32 CDU und Grüne unterschreiben Koalitionsvertrag, in: Spiegel Online, 23.12.2018, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-und-gruene-in-hessen-so-will-die-naechste-schwarz-gruene-regierung-arbeiten-a-1245277.html.

THEMEN UND AKTEURE

CDU

Nach mehr als 40 Jahren in der hessischen Landespolitik, davon allein zwölf als Ministerpräsident und zuvor in den Kabinetten Koch I bis III als Minister des Innern und für Sport, trat Volker Bouffier vor gut einem Jahr, am 31. Mai 2022, aus gesundheitlichen Gründen zurück. «Skandale pflastern seine politische Laufbahn», resümierte die *Frankfurter Rundschau*.³³ Der wohl politisch bedeutendste Skandal, der so manch anderem verantwortlichen Innenminister das Amt gekostet hätte, war sein Versagen im Fall des NSU-Mordes an Halit Yozgat in Kassel im April 2006. Bouffier hatte das Parlament bis Mitte Juli 2006 nicht darüber informiert, dass der hessische Verfassungsschützer Andreas Temme kurz vor oder während des Mordes am Tatort gewesen war und zeitweise unter Mordverdacht gestanden hatte. Zudem durfte die Polizei die von Temme geführten V-Leute wegen eines Sperrvermerks von Bouffier nicht vernehmen, auch nicht einen rechtsextremen V-Mann. Das war nach Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses des Hessischen Landtags ein Fehler, wie das Gremium sogar mit den Stimmen der CDU 2018 feststellte. Doch gelang es dem Juristen, diesen und alle anderen Skandale durchzustehen und den Termin für seinen Rücktritt selbst zu bestimmen. Inhaltlich hatte er sich im Laufe der Jahre immer deutlicher vom Erbe Kochs losgesagt, der den Staat wie ein Unternehmen führen wollte und zahlreichen Privatisierungen den Weg gebahnte hatte.³⁴

So ganz freiwillig, bemerkte die *Frankfurter Rundschau*, sei der Zeitpunkt seines Abgangs aber auch nicht gewesen. Denn seit der für die Union verlorenen Bundestagswahl 2021 war der innerparteiliche Druck auf Bouffier enorm gewachsen. Der Hesse hatte als Strippenzieher entscheidend dazu beigetragen, dass Armin Laschet zum CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten erkoren wurde. Daher wurde ihm auch das Scheitern der Laschet-CDU bei der Bundestagswahl zu Recht mit angelastet.³⁵ Nachfolger als Ministerpräsident und hessischer CDU-Chef ist seit einem Jahr Boris Rhein. Der 50-jährige, bis dahin als Parlamentspräsident tätige Jurist er-

33 Bebenburg, Pitt von/Voigts, Hanning: Abschied von Volker Bouffier: Am Ende klingt er versöhnlich, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.5.2022, unter: www.fr.de/rhein-main/landespolitik/am-ende-klingt-er-versoehnlich-91579567.html.

34 Ebd.

35 Ebd.

hielt bei seiner Wahl mehr Stimmen, als CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Parlament haben. Der Aufstieg des einstigen Hardliners begann nach dem überraschenden CDU-Wahlsieg 1999. Rhein bereitete mit Brandreden gegen die vermeintlich zu lasche Rechts- und Innenpolitik der rot-grünen Vorgängerregierung den Boden für Bouffiers neue «Sicherheitsarchitektur» mit Schleierfahndung, Vorratsdatenschutz und Lauschangriffen auf Privatwohnungen. Nachdem Bouffier Ministerpräsident geworden war, berief er ihn dafür zum Innenminister.

Ende März dieses Jahres verkündete die CDU in Fulda der interessierten Öffentlichkeit, wie sie sich inhaltlich im Wahlkampf aufstellen will. Vor dem Tagungsort prangte ein Großplakat mit dem Slogan: «Innere Sicherheit. Äußere Gelassenheit». Im Gebäude präsentierte Rhein in einer Grundsatzrede unter dem Slogan «Herz, Härte und Hightech» seine zehn Kernanliegen: Eines davon ist das «Hessengeld», das Familien und Alleinerziehenden helfen soll, den «Traum von den eigenen vier Wänden» zu verwirklichen. «Wir befreien junge Familien in Hessen für einen bestimmten Betrag von der Grunderwerbssteuer», versprach Rhein. Geplant seien 10.000 Euro pro Erwerbssperson und 5.000 Euro für jedes Kind. Härte präsentierte der ehemalige Hardliner dann unter der Rubrik «feministische Innenpolitik». Damit sich Frauen sicherer fühlen können, soll es mehr Videoüberwachung und mehr Sauberkeit und Beleuchtung auf öffentlichen Straßen und Plätzen geben, eine Ausweitung der Waffenverbotszonen und ein Mehr an Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Allem voran aber will die CDU in Hessen Härte demonstrieren mit «Fußfesseln für Frauenschläger». In die Rubrik Hightech fällt das Ziel, Hessen zum «Leitstandort für lasergetriebene Kernfusion» zu machen. «Weil Ökologie und Ökonomie für uns zusammengehören», so Rhein, beabsichtige die CDU, «Autos mit Verbrenner» zu verbessern, statt zu verbieten. Allem voran, so versichert der Ministerpräsident, werde man die Politik der Berliner Ampelkoalition zum Wahlkampfthema machen. Der 8. Oktober werde vor allem auch «eine Abstimmung über die Ampel in Berlin».³⁶

36 Zit. nach: Nach dem Spitzenmann wechselt die CDU jetzt auch die Farbe, in: hessenschau, 24.3.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/landtagwahl/nach-dem-spitzenmann-wechselt-die-cdu-jetzt-auch-die-farbe-v2,cdu-wahlkampf-rhein-100.html.

Bündnis 90/Die Grünen

Bei der Landtagswahl am 8. Oktober wird mit Tarek Al-Wazir zum ersten Mal in der Geschichte der hessischen Grünen ein eigener Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren. Mit nur zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wählten die rund 1.200 Mitglieder, die zum grünen Landesparteitag Ende Februar nach Wetzlar gekommen waren, den 52-jährigen Wirtschaftsminister per Handzeichen zum Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt. Al-Wazir versprach seinen Parteifreund*innen, sich mit voller Energie für dieses Land einsetzen zu wollen. «Wir wollen gewinnen», sagte Al-Wazir nach seiner Wahl. «2013 haben wir den Sprung in die Regierung geschafft, 2018 wurden wir erstmals zweitstärkste Kraft im Hessischen Landtag – vor der SPD. Und in diesem Jahr wollen wir den nächsten Schritt gehen: Wir wollen die nächste Landesregierung anführen. Und ich will erster grüner Ministerpräsident für ganz Hessen werden.»³⁷

Zuvor hatten die Parteimitglieder bereits Wissenschaftsministerin Angela Dorn auf Listenplatz eins gewählt. Bei Bündnis 90/Die Grünen wird laut Satzung jeder ungerade Listenplatz mit einer Frau besetzt. Auf Platz zwei kam mit 86,6 Prozent der abgegebenen Stimmen Al-Wazir. Dorn verwies in ihrer Rede darauf, jetzt sei «Mut zum Wandel erforderlich», die Grünen hätten den Koalitionsvertrag mit der CDU «nahezu erfüllt», Hessen sei in allen Politikbereichen nachhaltiger und grüner geworden. Es mache aber einen Unterschied, wer an der Spitze der Regierung steht und die Richtlinien der Politik bestimmt, sagte Dorn. Es brauche jetzt einen Ministerpräsidenten wie Al-Wazir, der über den Tag hinausblicke.³⁸

Im Gegensatz zu ihrem CDU-Koalitionspartner lehnen die hessischen Grünen eine ansatzlose und massenhafte Überwachung privater Kommunikation als unverhältnismäßig ab, insbesondere aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken. Die Energiewende in Hessen wollen sie dagegen massiv beschleunigen und die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft deutlich schneller voranbringen, um so «unsere Wirtschaft,

37 Zit. nach: «Stolz auf das, was vor uns liegt»: GRÜNE ziehen mit Tarek Al-Wazir in den Dreikampf um die Staatskanzlei, 25.2.2023, unter: www.gruene-hessen.de/partei/presse/stolz-auf-das-was-vor-uns-liegt-gruene-ziehen-mit-tarek-al-wazir-in-den-dreikampf-um-die-staatskanzlei/.

38 Zit. nach Live-Stream des Landesparteitags von Bündnis 90/Die Grünen Hessen, 25. und 26. Februar 2023, unter: www.gruene-hessen.de/lpt-2023-wetzlar/.

unsere Sicherheit, Freiheit und Umwelt und die Zukunft unserer Kinder» zu schützen. Die Windkraft habe in Hessen dabei das größte Potenzial der Erneuerbaren und sei «die zentrale Säule der Energiewende». Der bereits genehmigte Windpark Reinhardswald werde die Energiewende maßgeblich voranbringen und könne grünen Strom für 100.000 Haushalte liefern.³⁹

Am 8. Juli verabschiedeten die Landesgrünen in Bad Vilbel einstimmig «nach einer mehrstündigen und harmonischen Debatte» ihr «Regierungsprogramm 2024 bis 2029», mit dem die Partei unter dem Motto «Hessen lieben, Zukunft leben» in die heiße Phase des Wahlkampfes zog. Auf Antrag der Grünen Jugend will die Partei nun erreichen, dass Hessen bereits 2035 und nicht erst 2045 klimaneutral wird.⁴⁰

Was sind die grünen Wahlkampfschlager?, fragte Zeit Online. Für Schüler*innen in weiterführenden Schulen sollen Tabletcomputer bereitgestellt werden, für bedürftige Schüler*innen zunächst kostenlos und längerfristig verbilligt auch für die übrigen. Außerdem fordert die Partei 20.000 neue Kita-Plätze und in allen Landkreisen sollen ärztliche Versorgungszentren eingerichtet werden. In jedem Dorf soll außerdem zukünftig mindestens einmal pro Stunde ein Bus oder eine Bahn halten. Al-Wazir kündigte zudem an, bei einem Wahlerfolg in Hessen bis 2030 30 Millionen neue Bäume pflanzen zu lassen. Das wäre die größte Aufforstung in der Geschichte des Bundeslandes.⁴¹

SPD

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser (SPD), ist im Februar 2023 einstimmig als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin von der Hessen-SPD nominiert worden. Mitte Mai wählten 40 von 41 Delegierten sie darüber hinaus auf einer Wahlkreisikonferenz in Schwalbach zur Spitzenkandidatin in ihrem Heimatwahlkreis Main-Taunus. Die 53-Jährige wuchs in Schwalbach auf, ihr Vater war dort Bürgermeister. Nach dem Jurastudium arbeitete sie als Rechtsanwältin und zog 2003 in den Hessischen Landtag ein. Faeser war bereits bei den Landtagswahlen in den Jahren 2003, 2008, 2013 und 2018 Direktkandidatin

39 Siehe www.gruene-hessen.de/themen-a-z/.

40 Hessens Grüne verabschieden Wahlprogramm, Zeit Online, 8.7.2023, unter: www.zeit.de/news/2023-07/08/gruene-verabschieden-regierungsprogramm-fuer-landtagswahl.

41 Ebd.

in diesem Wahlkreis und von 2003 bis 2021 über 18 Jahre lang dort abgeordnet. Im Dezember 2021 wechselte Faeser in die Bundespolitik und leitet seitdem als erste Frau das Innenministerium.

In ihrer Rede nach der Wahl übte sie deutliche Kritik an der schwarz-grünen Regierung. Hessen habe mehr verdient, als nur verwaltet zu werden, nach 25 Jahren mit der CDU in der Regierung gehe es jetzt um die Frage Schwarz oder Rot, Stillstand oder Fortschritt. Nur die SPD sei in der Lage, für den notwendigen sozialen Ausgleich zu sorgen. Ein wichtiges Ziel sei, in Hessen ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Die Unternehmen müssten bei der Transformation viel stärker unterstützt werden, etwa durch einen Fonds. Zudem werde die SPD den Wohnungsbau in großem Umfang fördern und das Schulsystem «so reformieren, dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben». Dazu gehörten viel höhere Investitionen in Bildung und ein flächendeckender Aufbau «echter» Ganztagschulen. Den Mangel an Fachkräften will Faeser mit Einwanderung, niedrigeren Schulabbruchquoten und einer höheren Beteiligung von Frauen erreichen, nicht zuletzt durch bessere Betreuungsmöglichkeiten.⁴²

Im hessischen SPD-Landesverband hatten alle Interessierten, und nicht nur die Parteimitglieder, die Möglichkeit, bis zum 31. März 2023 inhaltliche Anregungen, Kritik oder Kommentare abzugeben, die in den Landtagswahlkampf einfließen sollten. Thematisiert wurden unter anderem die Situation an den Schulen, der Ausbau der Infrastruktur, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Angleichung der Lebensverhältnisse im Land sowie Bus- und Bahnanbindungen in den ländlichen Regionen. In einem mehrmonatigen Prozess wurden die eingegangenen Vorschläge in einer Programmkommission diskutiert, die anschließend einen Leitantrag für das Wahlprogramm zur Landtagswahl erstellte, der am 17. Juni in Hanau den Gremien übergeben wurde. Der dort verabschiedete Leitantrag bildet das Wahlprogramm der Hessen-SPD.

42 Siehe Haschnik, Gregor: Nancy Faeser tritt bei Landtagswahl an: «Hessen hat mehr verdient», in: Frankfurter Rundschau, 3.8.2023, unter: www.fr.de/politik/landtagswahl-hessen-ere855992/hohe-zustimmung-fuer-nancy-faeser-92281043.html.

FDP

Ende letzten Jahres kürten auf dem Listenparteitag der FDP in Wetzlar 300 Delegierte den 49-jährigen Juristen Stefan Naas zum Spitzenkandidaten. Er hatte keinen Gegenkandidaten. Naas ist in der Landtagsfraktion unter anderem verkehrs- und wirtschaftspolitischer Sprecher. Zuvor war er Bürgermeister in Steinbach im Hochtaunuskreis. Naas betonte in seiner Rede auf dem Parteitag, die FDP benötige beide Stimmen und habe das Ziel, dass «die schwarz-grüne Landesregierung abgewählt wird». Mit Kritik an der schwarz-grünen Landesregierung sparte er nicht, viele Aufgaben würden nicht angepackt, Hessen brauche nun «Macher». Es gehe im Oktober um Wohlstand, um Bildung und um die Wirtschaft. Es sei Zeit für eine «klare Wirtschaftspolitik».⁴³

Den zweiten Listenplatz belegte Landtagsfraktionschef René Rock, der 80,8 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt. Auf Platz drei kam die stellvertretende Landesvorsitzende Wiebke Knell, sie erhielt eine Zustimmung von fast 91 Prozent. Bereits vor den Abstimmungen zur Landtagsliste hatte Landeschefin und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger ihre Partei auf die Landtagswahl eingestimmt. Die FDP werde im Wahlkampf als eigenständige Kraft antreten, betonte sie ebenso wie Naas. «Wir messen uns nicht an anderen, sondern nur an unseren eigenen Ansprüchen», betonte Stark-Watzinger: «Wir wollen eine Zukunft in unserem Land, die Aufstieg und Selbstbestimmung und Wohlstand ermöglicht. Die nachkommenden Generationen – sie sollen ökologisch, sozial und ökonomisch intakte Zukunftschancen haben.»⁴⁴ Auch bei der hessischen FDP fand sich zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, nur eine grobe Grundkonzeption – als «9 Trendwenden für die nächste Stufe in Hessen» betitelt. Das endgültige Wahlprogramm der Partei wurde am 3. und 4. Juni in Wetzlar auf dem Landesparteitag verabschiedet.

AfD

Von den rechtsradikalen Parteien gelang es bisher nur der NPD, und dies auch nur 1966 ein Mal, in den Hessischen Landtag einzuziehen. Damals erhielt sie 7,9 Prozent der Stimmen und acht Sitze. Danach verabschiedete sie sich zusehends in die Bedeutungslosigkeit und erreichte 2018 noch gerade einmal 0,2 Prozent. Bei der Wahl am 8. Oktober wird die NPD nicht

43 FDP Hessen kürt Stefan Naas zum Spitzenkandidaten, 5.12.2022, unter: www.fdp.de/fdp-hessen-kuert-stefan-naas-zum-spitzenkandidaten.

44 Ebd.

antreten. Antreten wird dagegen die Alternative für Deutschland (AfD), deren Landesverband vor zehn Jahren, am 5. Mai 2013, in Frankfurt am Main ihren Gründungsparteitag abhielt. Man beschloss damals, bereits an der Landtagswahl am 22. September teilzunehmen, und kam auf beachtliche 4,1 Prozent. Drei Jahre später bei den hessischen Kommunalwahlen wurde die AfD bereits drittstärkste Kraft und zog mit 183 Abgeordneten in 20 von 21 Kreistage ein. Bei den letzten Landtagswahlen 2018 wurde die rechtsradikale Partei in Hessen von 378.676 Personen gewählt, erhielt somit 13,1 Prozent der Stimmen und 19 Mandate. Davon sind ihnen noch 14 verblieben, fünf ehemalige Abgeordnete haben die Fraktion mittlerweile verlassen. Im Dezember letzten Jahres hatte die Partei nach eigenen Angaben in Hessen 2.157 Mitglieder.⁴⁵

Nach Auffassung des Nachrichtenportals «Hessenschau» ist die Partei einerseits in Hessen auf allen Ebenen des politischen Betriebs angekommen, andererseits aber auch tief gespalten und mit sich selbst beschäftigt. Auf der einen Seite steht der rechtskonservative Flügel, der sich auf dem Boden der Verfassung wähnt, und auf der anderen Seite der völkische Flügel, der sich offenbar mit diesen Werten nicht identifizieren kann. Fest steht, dass weite Teile der Partei mit faschistischen und nationalsozialistischen Kreisen vernetzt sind. Ein Beispiel ist Vorstandssprecher Andreas Lichert, der lange dem neu-rechten «Verein für Staatspolitik» vor-saß. Innerparteilich gehörte er bis zu seiner Auflösung dem völkischen Teil der Partei, dem «Flügel», an. Seine Wahl in das Landtagspräsidium nach dem Ausscheiden von Rhein konnte gerade noch verhindert werden.

Ab 2019 wurden die Jugendorganisation der Partei, die Junge Alternative (JA), und der völkische «Flügel» vom hessischen Verfassungsschutz observiert, nachdem beide Teilorganisationen auf Bundesebene bereits vom Inlandsgeheimdienst als Verdachtsfälle eingestuft und beobachtet worden waren. Anfang September 2022 gab der hessische Verfassungsschutz bekannt, die Beobachtung auf den gesamten AfD-Landesverband

⁴⁵ Siehe <https://afd-hessen.de/>.

ausweiten zu wollen.⁴⁶ Nachdem die Partei hiergegen klagte, untersagte das Wiesbadener Verwaltungsgericht vorerst die Beobachtung.⁴⁷

Auf ihrem zweitägigen Parteitag in Melsungen Ende Februar 2023 präsentierte die hessische AfD ihr Wahlprogramm. Sie fordert die Sicherstellung der Energieversorgung, wozu ihrer Auffassung nach vor allem ein Ausbaustopp für Wind- und Solaranlagen gehört. Ferner vertritt sie eine restriktive Flüchtlingspolitik und setzt sich für eine rigide Beschränkung der Zuwanderung ein. Den Fachkräftemangel will die Partei vorzugsweise mit dem verstärkten Einsatz inländischer Arbeitnehmer*innen bekämpfen. Außerdem gibt sich die Partei als familienfreundlich. Sie will erreichen, dass mehr Kinder in Hessen geboren werden, um die zunehmende Überalterung der Gesellschaft zu stoppen.

Einig ist man sich in der Partei zudem, dass die Grunderwerbssteuer abgeschafft werden müsse. In den Schulen soll das Fach «Heimatkunde» eingeführt werden. Mittelfristig sehen sich die Rechtsradikalen auch auf der Regierungsbank: «Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Immer mehr Bürger spüren und verstehen, dass die Altparteien auf die wirklich gravierenden Fragen unserer Zeit keine Antworten mehr haben», verkündete Andreas Lichert, einer der beiden Landessprecher der Partei.⁴⁸

DIE LINKE

Seit der Landtagswahl 2008, also seit nunmehr 15 Jahren, ist die Partei ohne Unterbrechung im Hessischen Landtag vertreten und leistet dort eine konstruktive Oppositionspolitik, wobei der Einzug mal mehr, mal weniger knapp ausfiel. Bei den letzten Wahlen 2018 erhielt sie noch 6,3 Prozent der Wählerstimmen und kam damit auf neun Landtagsmandate. Am 31. Dezember 2022 hatte sie nach eigenen Angaben 3.079 Mitglieder. Ob sie im Oktober 2023 den erneuten Einzug schafft, ist nach aktuellem

46 Türk, Wolfgang: Verfassungsschutz beobachtet die AfD auch in Hessen, in: hessenschau, 5.9.2022, unter: www.hessenschau.de/politik/verfassungsschutz-beobachtet-die-afd-auch-in-hessen,verfassungsschutzbericht-hessen-afd-100.html.

47 Gericht: Hessen-AfD darf vorerst nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden, in: hessenschau, 19.10.2022, unter: www.hessenschau.de/politik/gericht-hessen-afd-darf-vorerst-nicht-mehr-vom-verfassungsschutz-beobachtet-werden,afd-beobachtung-verfassungsschutz-100.html.

48 AfD bringt Programm zur Landtagswahl auf den Weg, in: hessenschau, 26.2.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/parteitag-in-melsungen-afd-bringt-programm-zur-landtagswahl-auf-den-weg-v2,afd-parteitag-120.html.

Stand noch offen. Parteiinterne Querelen und ein sehr ungünstiger Bundestrend haben sie in den Umfragen abstürzen lassen.

Aber auf dem Parteiparteitag Anfang März in Wetzlar gab man sich kämpferisch und optimistisch, wie die «Hessenschau» berichtete.⁴⁹ 136 Delegierte verabschiedeten ein hundertseitiges Programm für einen grundlegenden sozialen und ökologischen Wandel. Gegen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD erhebt DIE LINKE in Hessen den Anspruch, als einzige Partei glaubwürdig für Klimaschutz und Armutsbekämpfung einzutreten.

Wie erwartet, zieht die Partei mit ihren Fraktionsvorsitzenden Elisabeth Kula und Jan Schalauske an der Spitze im Oktober in die Landtagswahlen. Der Politikwissenschaftler Schalauske ist seit 2014 einer von zwei Landesvorsitzenden der hessischen LINKEN und seit 2017 Abgeordneter im Landtag. Kula, Sprecherin der Fraktion für Bildungs-, Jugend- und Schulpolitik, betont, mit diesem Wahlprogramm sei man «ein echtes Gegenangebot» zur schwarz-grünen Landesregierung und zu allen anderen Parteien. Auch bei der Bildung stelle man die «Systemfrage». DIE LINKE tritt für ein gemeinsames Lernen aller bis zur Klasse 10 ein sowie für eine flächendeckende Einrichtung inklusiver Ganztagschulen. Sie fordert kostenlosen Eintritt in öffentliche Einrichtungen wie zum Beispiel Museen und weitere Gratisleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bei Bildung, Kultur und Freizeit.

Mit demonstrativem Applaus im Stehen reagierten die Parteitage delegierten auf den Auftritt von Janine Wissler in Wetzlar. Die derzeitige Bundesvorsitzende der LINKEN war von 2008 bis 2021 Abgeordnete im Hessischen Landtag und zwischen 2009 und 2021, bis zu ihrem Wechsel in den Bundesvorstand, Fraktionsvorsitzende. In ihrer Rede stellte sie klar, «Russland muss diesen Krieg sofort beenden». Es handle sich um einen verbrecherischen Angriffskrieg, «den wir als Friedenspartei scharf kritisieren». Gleichzeitig wies sie den Vorwurf, für Verhandlungen und Diplomatie einzutreten, sei eine Parteinahme für Putin, entschieden zurück.⁵⁰

49 Linke will SPD und Grünen «Druck von links» machen, in: hessenschau, 4.3.2023, unter: www.hessenschau.de/politik/landtagswahl/programm-parteitag-vor-wahl-in-hessen-linke-will-spd-und-gruenen-druck-von-links-machen-v2,linke-programm-parteitag-landtagswahl-100.html.

50 Ebd.

«Ein kleiner Coup», wie es die Tageszeitung *neues deutschland* am 23. April 2023 formulierte, ist der hessischen Linken im Wahlkampf auch noch gelungen. Auf Platz sieben ihrer Liste für die Landtagswahl am 8. Oktober wählte die Partei die Klimaaktivistin Barbara Schlemmer. Im Zuge der Proteste im und um den Dannenröder Forst wurde Schlemmer als Sprecherin des Bündnisses «Keine A49» überregional bekannt. Sie engagierte sich zuvor acht Jahre bei Bündnis 90/Die Grünen, für die sie auch noch im Kreistag des Vogelsbergkreises aktiv ist. «Wenn die Linke grüner ist als die Grünen, dann muss man die Linke unterstützen», zitiert die *Frankfurter Rundschau* Schlemmer, die fortan ohne Parteibuch Landespolitik betreiben will.⁵¹ Am wohlsten fühle sie sich ohnehin in der außerparlamentarischen Opposition. Ihre Politik sei «Wald statt Asphalt». Daran werde sich auch nichts ändern, sollte sie ein Landtagsmandat für DIE LINKE erringen, sagte die ausgebildete Mediatorin und Systemberaterin.

AUSBLICK

Bei den Themen, die für die Menschen bei der Stimmabgabe relevant sind, drängt sich eines zunehmend in den Vordergrund: Aufnahme und Asylgewährung von Schutzsuchenden. Noch scheint die Anzahl der Fürsprecher*innen einer toleranteren Asylpolitik zu überwiegen, aber die Unzufriedenheit in den Kommunen mit der finanziellen Unterstützung bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten vonseiten des Bundes und der Länder wächst. Die diesbezüglichen Debatten nehmen kontinuierlich an Schärfe zu. Das Thema Asyl für Schutzsuchende war auch Anlass für Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU, seinen Wiesbadener Parteifreund*innen im Mai mal wieder einen Besuch abzustatten. Zunächst empfahl er diesen, sich im Vorfeld der parallel in Bayern stattfindenden Landtagswahlen enger mit der CSU und Ministerpräsident Markus Söder abzustimmen und grenzüberschreitende politische Themen zu setzen. Sodann lobte er die Hessen-CDU dafür, dass sie in der Vergangenheit eine kampfstarke kampagnenfähige Partei gewesen sei, zum Beispiel bei der Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Jahr 1999, als Roland Koch (CDU) die Wahl gewann und zum ersten

51 Rippegather, Jutta: Hessen: Umweltaktivistin Schlemmer will nicht mehr grün sein, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.4.2023, unter: www.fr.de/rhein-main/landespolitik/hessen-umweltaktivistin-schlemmer-will-nicht-mehr-gruen-sein-92226736.html.

Mal Ministerpräsident in Hessen wurde. Verfolgt man die Debatten im Hessischen Landtag in der letzten Legislaturperiode, muss man konstatieren, in der CDU gibt es heute niemanden mehr, der diese Unterschriftenaktion, mit der Koch die Stimmen der Rassist*innen für sich gewinnen wollte, öffentlich verteidigt. Diskriminierende, rassistische Statements kommen heute nahezu ausschließlich von der AfD. Selbst wenn Merz vor allem provozieren wollte, ist fraglich, ob er mit diesem Auftritt und seinen Aussagen der Hessen-CDU tatsächlich einen Gefallen getan hat. Auch der derzeitige Koalitionspartner reagierte entsprechend entrüstet. Mathias Wagner, Vorsitzender der grünen Landtagsfraktion, bemerkte gegenüber der *Frankfurter Rundschau*, er sei schockiert darüber, «mit welcher Brutalität Merz sich vom politischen Erbe von Angela Merkel und Volker Bouffier verabschiedet». ⁵²

Von der Opposition kam ebenfalls scharfe Kritik. Jan Schalauske, Fraktionschef und Spitzenkandidat der Linkspartei in Hessen, erklärte, «eine positive Bezugnahme auf die widerliche Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft» sei das Letzte, was im hessischen Landtagswahlkampf fehle. Friedrich Merz wolle offenbar einen «rückwärtsge wandten, rechtslastigen Kurs» fahren. ⁵³ Im Ergebnis profitieren dürfte von dieser Rhetorik letztlich allein die AfD. Es sei das politische Tagesgeschäft der Rechtsradikalen, Ängste vor einer «Überfremdung durch Masseneinwanderung» zu schüren. Dass damit gleichzeitig der Nährboden für rassistische Gewalttaten gelegt werde, dafür stehe Hessen als Bundesland exemplarisch.

Hetzerische Äußerungen wie die von Merz sind leider nicht der einzige Faktor, der den Rechten in die Hände spielt und ihr Stimmenpotenzial weiter ansteigen lässt. In einer Pressemitteilung vom 16. Mai 2023 wies das Statistische Bundesamt darauf hin, dass im Jahr 2022 17,3 Millionen Menschen, das sind 20,9 Prozent der Bevölkerung, in Deutschland von Armut betroffen waren. Davon gelten 14,7 Prozent als armutsgefährdet, 6,1 Prozent leiden unter erheblichen materiellen und sozialen Entbehrungen und 9,7 Prozent leben in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbs-

52 Türk, Wolfgang: Schockierte Grüne warnen hessische CDU vor Merz-Kurs, in: hessenschau, 17.5.2023, unter: www.Hessenschau.de/politik/landtagswahl/nach-aeusserungen-ueberausrichtung-der-union-schockierte-gruene-warnen-cdu-hessen-vor-merz-kurs-v2,landtag-hessen-cdu-merz-gruene-100.html.

53 Ebd.

beteiligung. Es ist leider auch eine historische Tatsache, dass Teile der lohnabhängigen unteren Klassen die Kritik von Rechten und Rechtsradikalen, die diese an den Exzessen des (neo-)liberalen Kapitalismus äußern, gern aufnehmen. Diese sogenannten Protestwähler*innen glauben, auf diese Art eine ihrer Auffassung nach radikale Kritik äußern zu können, ohne dabei in einen wirklichen Konflikt mit der herrschenden Klasse zu geraten. Ihre Stimmabgabe, zum Beispiel für die AfD, zeugt jedoch zugleich von Autoritätshörigkeit und Konformismus. Nicht die Bourgeoisie und ihre Reproduktions- und Herrschaftsweise werden angegriffen, sondern lediglich ihr bezahltes Personal. Wenn die AfD sich somit nach eigenen Angaben mittelfristig auf Regierungsbänken in Bund und Land sitzen sieht, ist dies alles andere als unrealistisch.

Auch in Hessen formuliert die AfD inzwischen ihren Machtanspruch. Im sogenannten hr-Sommerinterview am 4. August äußerte ihr hessischer Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Robert Lambrou, die AfD wolle nach der Landtagswahl in Hessen mit der CDU regieren.⁵⁴ Wenn sich die Umfragen vom Sommer 2023 jedoch bewahrheiten und in der Wahlabgabe widerspiegeln sollten, ist die Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition in Hessen äußerst wahrscheinlich. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Themen Flucht und Migration, aber auch von Mobilität und Klimaschutz wachsen jedoch die Widersprüche auch in diesem Bündnis, das ebenfalls quer zur Regierungskonstellation auf Bundesebene gebildet wurde. Damit wird die Frage, wie die hessischen Regierungspartner in die neue Legislatur gehen und sie bestehen wollen – sollten sie die Wahl für sich entscheiden können –, sehr interessant.

ZUM AUTOR

Dirk Farke ist Politologe und arbeitet als freier Journalist mit dem Schwerpunkt Ideologiekritik.

54 AfD will trotz klarer Ablehnung mit CDU in Hessen regieren, Hessischer Rundfunk, 4.8.2023, unter: www.hr.de/presse/der-hr/2023/afd-will-trotz-klarer-ablehnung-mit-cdu-in-hessen-regieren-v1,hr-sommerinterview-lambrou-afd-cdu-regierung-europa-volksabstimmung-100.html.

WWW.ROSALUX.DE

